Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Goldpfennig = 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Donnerstag, 10. Juli 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Tägliche Rundschau

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 88 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Nr. 321
63. Jahrgang.

Die Schlinge.

Mac Donald und Herriot haben über das Ergebnis der Pariser Besprechung eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. In ihr sind die Punkte enthalten, auf Grund derer die englisch-französische Einigung zustande gekommen ist. Damit ist die Politik beider Staaten festgelegt, ohne daß Deutschland als gleichberechtigter Unterhändler zugezogen worden wäre. Die Einigung war mühsam, und beide Staatsmäner haben sich durch die Veröffentlichung der Verhandlungsresultate gebunden. Deutschland wird nach London kommen, um zu unterschreiben, was vorgeschrieben ist.

Herriot und Mac Donald haben gesprochen, aber Poincaré hat ihnen die Worte souffliert. Das Ergebnis ist: England annulliert die von ihm gemachte Feststellung, daß das Gutachten Deutschland Verpflichtungen auferlege, die über den Versailler Vertrag hinausgehen. Um den Rückzug zu decken wird folgende reizvolle Formulierung gefunden: Die Verletzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages (der tausendmal von der Entente verletzt worden ist) würden den Frieden Europas und das gegenseitige Vertrauen der Völker (das dank der Vertragsbrüche der Entente nicht mehr existiert) gefährden. Auf dem Frieden Europas und dem internationalen Vertrauen seien aber die wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkte des Gutachtens aufgebaut, also auch auf dem Versailler Vertrage.

Folgende Beschlüsse bilden die Grundlage der englisch-französischen Einigkeit:

Die Konferenz tritt am 16. Juli in London zusammen.

Die Dawes-Pläne werden angenommen.

Die Reparationskommission wird in ihrer Autorität nicht nur bestätigt, sondern sie wird zur Autorität auch über die Durchführung des Sachverständigengutachtens erhoben. Das ist die logische Konsequenz der Unterordnung des Sachverständigengutachtens unter das Versailler Diktat. Dieselbe Reparationskommission, die sich den Vertragsbrüchen Frankreichs gegenüber als völlig machtlos erwiesen hat, die während der schwersten Reparationskrisen völlig arbeitsunfähig war, sie wird jetzt die entscheidende Instanz über das Gutachten. Unter besonderer Berufung auf die 800-Millionen-Anleihe und die Interessen der Geldgeber wird die Anwesenheit eines Amerikaners in der Reparationskomission erstrebt. In Kürze wird hier von wissenschaftlicher Seite der Nachweis geführt werden, daß diese sogenannte Anleihe in vollem Maße nicht etwa der deutschen, sondern der englischen und amerikanischen Wirtschaft zugute kommen wird. Das nebenbei. Aber Herriot und Mac Donald glauben selber nicht daran, daß die Vereinigten Staaten in die Reparationskommission gelotst werden können, und indem sie die Unmöglichkeit dieser Lösung voraussehen, wünschen sie, daß in diesem Falle der Generalagent für Reparationszahlungen, der amerikanischer Staatsangehöriger sein soll, von der Reparationskommission angerufen werde solle, falls sie eine Verfehlung von deutscher Seite festzustellen hätte. Wohlgemerkt: nur angerufen. Sitz und Stimme hat dieser Amerikaner in der Kommission natürlich nicht. Er ist auch kein Vertreter der amerikanischen Regierung, sondern ein Angestellter der Entente. Wer dieser Generalagent sein wird, das weiß Deutschland nicht. Es hat auch auf seine Ernennung keinen Einfluß. Soweit diese unbekannte Persönlichkeit sich überhaupt durchsetzen kann und will, ist ihr Deutschland einfach ausgeliefert, weil selbst die Garantien, die in der Persönlichkeit liegen könnten, fehlen. Im übrigen entscheidet die Reparationskommission völlig selbständig, wie in Punkt 5 d der gemeinsamen Erklärung noch einmal unterstrichen wird.

Die Reparationskommission hat die Entscheidung darüber, wann und ob der Dawes-Bericht ins Werk gesetzt worden ist (5 e). Der volle Sieg des französischen Standpunktes. Erst nach dieser Feststellung der Kommission können die Vereinbarungen über die Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Einheit durchgeführt werden, die man in London treffen will. Die Vorarbeiten zu diesen Bestimmungen werden aber wiederum der Reparationskommission übertragen. Von der militärischen Räumung des Ruhrgebietes ist natürlich gar keine Rede.

Die Sanktionen im Falle einer absichtlichen deutschen Verfehlung werden nur in sehr verklausulierten Sätzen behandelt. „Die beteiligten Regierungen verpflichten sich, unverzüglich über die Mittel zur Ausführung der Maßnahmen zu beraten, die sie zu ihrem eigenen Schutz und zur Sicherung der Geldgeber nach vorheriger Verständigung treffen wollen." Ist damit die Verpflichtung zu nur gemeinsamer Aktion ausgesprochen oder nicht? Man merkt bei jedem Worte, wie an ihm getüftelt worden ist, um juristischen Spitzfindigkeiten den Weg zu öffnen. Ganz anders klingt es, wenn zur Modifizierung des Sachverständigenplans bemerkt wird, daß Aenderungen und alle notwendigen Garantien nur durch eine gemeinsame Verständigung der beteiligten Regierungen erfolgen können. Dabei ist aber die Möglichkeit, daß der Sachverständigenplan (ohne jede Einschränkung) modifiziert werden kann, und zwar durch die Ententeregierungen, die ihre sich selbst gegebenen Vollmachten an die Kommission übertragen können, ein vollständiges Novum, das den Plan der Sachverständigen an der Wurzel trifft.

Ueber die Auslegung des Sachverständigenberichtes und die Ausführung der in London zu treffenden Bestimmungen soll eine Autorität entscheiden, über die man sich in London einigen wird. Was die Auslegung des Sachverständigenberichts aber betrifft, so haben sich England und Frankreich (5 i) bereits darüber geeinigt, daß sie die Entscheidung ihren eigenen Rechtssachverständigen übertragen wollen.

Das Gutachten der Sachverständigen enthält alle Möglichkeiten, Deutschland zu strangulieren. Die Schlinge ist ihm sacht um den Hals gelegt.

F. S.

(Siehe auch Seite 2.)

Berliner Kurse vom 10. 7.:

Dollar: unverändert	Zuteilung	100 %
Pfund: 18,24 Bill. ℳ	Zuteilung	100 %

Das Ergebnis von Paris.

Die Kompetenzen der Repko.

Paris, 10. 7. (W. T. B.)

Die Agentur Havas veröffentlicht folgenden offiziösen Kommentar zu der gemeinsamen Erklärung Mac Donalds und Herriots:

Das Schriftstück, über das sich gestern vormittag die beiden Ministerpräsidenten geeinigt hätten, und das ein Ergebnis französischer Inspirationen sei, kläre die verschiedenen Fragen, die auf der Londoner Konferenz zur Sprache kommen sollen. Es beginne mit der feierlichen Feststellung, daß der Versailler Vertrag nicht beeinträchtigt werden dürfe. Die Alliierten würden zu einer gemeinsamen Aktion gelangen. Auf der Londoner Konferenz, an der diesmal die Vereinigten Staaten offiziell mitzuarbeiten bereit seien, — und schon dies sei ein Vorgang von einer Bedeutung, die nicht kommentiert zu werden brauche —, müßten die Kompetenzen der Reparationskommission in vollem Umfange gewahrt werden. Der Vorschlag, die etwaigen Verfehlungen Deutschlands durch ein neues Organ feststellen zu lassen, sei also völlig aufgegeben. Indessen hätten die alliierten und die neutralen Geldgeber, die zur Erfüllung der Forderungen Frankreichs an Deutschland beitrügen, ein Anrecht auf besondere Garantien. Zu diesem Zweck solle sich die Reparationskommission einen Amerikaner beiordnen für den Fall der Feststellung einer deutschen Verfehlung. In englischen Kreisen habe man sich in der Vergangenheit stets auf die Tatsache gestützt, daß die Reparationskommission normalerweise 5 Mitglieder, einen Franzosen, einen Engländer, einen Amerikaner, einem Italiener und einem Belgier, umfassen müsse, und gegen die auf Grund der Entscheidung des Präsidenten mit 2 : 2 Stimmen getroffenen Beschlüsse protestiert, seitdem der amerikanische Delegierte in der Reparationskommission nur noch als „Beobachter" fungiere. In dieser Beziehung werde durch die Rückkehr zu den normalen Dispositionen des Versailler Vertrages eine tiefliegende Ursache zu Reibungen zwischen Paris und London verschwinden. Sache der Reparationskommission werde es sein, den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem der Sachverständigenplan in Kraft trete, und die Bedingungen für seine Inkraftsetzung im Einvernehmen mit der Londoner Konferenz vorzubereiten. Für den Fall einer vorsätzlichen Verfehlung Deutschlands bekunde die französische und die englische Regierung die Absicht, sich mit sämtlichen anderen Alliierten wegen der erforderlichen Maßnahmen zu verständigen; dies sei eine politische Garantie, deren Wichtigkeit man nicht übersehen könne. Die Erklärung enthalte schließlich zwei Versicherungen, und zwar von vitaler Bedeutung, in Sachen der interalliierten Schulden und in Sachen der französischen Sicherheit. Schon jetzt verpflichte sich die englische Regierung, mit den beteiligten Mächten über die Möglichkeiten ihrer Lösung zu verhandeln; interalliierte Finanzsachverständige würden also diese Arbeit unverzüglich aufnehmen. Gleichzeitig sollen Garantien im Interesse der Sicherheit Frankreichs beraten werden. Diese letzten beiden Fragen würden natürlich auf der bevorstehenden Londoner Konferenz nicht behandelt werden.

*

Die hier von Frankreich vertretene Auffassung, daß die neuen Kompetenzen der Reparationskommission lediglich eine Rückkehr zu den normalen Dispositionen des Versailler Dokuments bedeuten, ist irrig. Zunächst ist die Hinzuziehung eines amerikanischen Mitgliedes zur Reparationskommission nur für den Fall vorgesehen, daß über eine Verfehlung Deutschlands abgestimmt werden soll. In allen anderen Fällen, besonders der wichtigen Frage des Inkrafttretens des Gutachtens, bleibt der bisherige entscheidende Einfluß Frankreichs in der Reparationskommission bestehen. Darüber hinaus aber haben Herriot und Mac Donald so wie so mit der Entsendung eines amerikanischen Mitgliedes in die Reparationskommission wenig gerechnet. Für den Fall, daß Amerika, wie bereits von drüben gemeldet wird, keinen Vertreter entsendet, ist lediglich die Anrufung des Generalagenten amerikanischer Nationalität durch die Repko vorgesehen. Dieser Generalagent hat jedoch weder Sitz noch Stimme in der Repko, wenn er nicht von Amerika ausdrücklich in die Repko detachiert wird. Seine Funktion bleibt die eines Gutachters, so daß sich in der Zusammensetzung der Repko nichts ändert.

Der Garantievertrag Herriots.

Paris, 10. 7.

Nach Auffassung von Politikern, die über die Gedankengänge der neuen französischen Regierung im allgemeinen gut informiert zu sein pflegen, bedeutet der bisherige Verlauf der englisch-französischen Unterhaltung eine Einleitung zu einer ganz neuen und planmäßigen Politik. Die Oppositionspresse hat Herriot vorgeworfen, daß er seine erste Reise nach London ohne gründliche Kenntnis der Akten und vor allen Dingen ohne einen fest umrissenen Plan unternommen habe. Diesen Behauptungen tritt man in radikalen Kreisen auf das energischste entgegen und erklärt, daß ganz im Gegenteil ein bestimmter französischer Plan sich von Stufe zu Stufe entwickle. Herriot, so hört man unter den Parteifreunden des Ministerpräsidenten, versuche, einen von allen Alliierten unterzeichneten Garantievertrag zu erzielen. Anschließend daran soll ein umfassender Vertrag unterzeichnet werden, durch den die Signatarmächte sich verpflichten, ihre Nachbarn nicht anzugreifen. Dieser erweiterte Vertrag soll insbesondere auch von Deutschland unterzeichnet werden. Diese Verträge sind alsdann dem Völkerbund zur Ueberwachung zu übergeben. Der französische Sicherheitsplan sei in den Augen der Interalliierten ein Korrelat zur Durchführung des Sachverständigengutachtens, das Herriot als Element der Sicherheit betrachte.

*

Heute vormittag wird unter dem **Vorsitz Doumergues** ein Ministerrat zusammentreten, um das Resultat der Zusammenkunft zwischen Mac Donald und Herriot zu prüfen.

Bedenken in England und Amerika.

a. **London**, 10. 7. (Eigenbericht.)

Reuter meldet aus Washington, daß amtliche Kreise der Ansicht sind, daß die Pariser Wünsche vom amerikanischen Standpunkt aus nicht als durchführbar betrachtet werden.

Soweit sich die Ergebnisse der Pariser Besprechung übersehen lassen, werden sie von der englischen Presse mit recht bedenklichen Mienen aufgenommen. Aus der Gesamtheit der Stimmen tönt die starke Besorgnis hervor, daß sich die Lage, vom englischen Gesichtspunkt aus betrachtet, wesentlich verschlechtert habe. „Times" begrüßt die Nachricht, daß eine Verständigung erzielt worden sei, fügt jedoch hinzu, daß diese Frage durch eine ziemlich erhebliche Verblüffung beeinträchtigt werde. Herr Mac Donald sei in Paris offenbar aus seiner idealen Anschauungswelt auf die unbequeme Tatsache der Wirklichkeit herniedergefallen, mit denen bisher jede englische Regierung seit dem Waffenstillstand zu kämpfen hatte. Bis heute hatte Mac Donald wahrscheinlich nicht ganz die furchtbaren Schwierigkeiten erkannt, sie, zu überwinden. Die neue Vereinbarung sei sicherlich nicht dasselbe Uebereinkommen wie in Chequers. Aus den Pariser Besprechungen sei vielmehr ein ganz neues Konferenzprogramm hervorgegangen, und zwar sei es nun ein endgültiges gemeinsames französisch-englisches Programm.

Die Konferenz werde sich nun mit dem Finanzbericht befassen, und die Sicherheit sowie die Schuldenfrage seien entgegen dem französischen Wunsche ausgeschaltet. Andererseits habe Mac Donald augenscheinlich seinen Standpunkt, daß der Finanzbericht über den Vertrag von Versailles hinausgehe und daß er sich deshalb der berechtigten Kompetenz der Repko entziehe, aufgegeben. Der Vorschlag, daß der Amerikaner der Kommission beitreten soll, klingt nicht sehr überzeugend. Die „Times" schließt mit folgenden Worten:

„Einige Punkte, die mit großer Bestimmtheit in den Vorschlägen des englischen Versuchsprogramms entwickelt worden waren, werden in der Pariser Vereinbarung dunkel gelassen, z. B. ist es nicht klar, wann nach der Durchführung des Finanzberichts die wirtschaftliche Ausbeutung der Ruhr aufhören soll. Eine neue Vereinbarung wurde geschlossen, die von den Vereinbarungen von Chequers sehr verschieden ist. Die Konferenz wird stattfinden. Herriot ist vielleicht gerettet worden. Die französisch-englische Zusammenarbeit ist für den Augenblick vielleicht gesichert worden, aber habe man denn wirklich den Schwierigkeiten ins Gesicht gesehen und sie überwunden?"

Die „Morning Post" beschränkt sich vorläufig auf die Bemerkung, daß die englische Regierung durchaus eingewilligt habe, die Entscheidung über den Bericht der Reparationskommission zu überweisen.

Der „Daily Telegraph", der sich sonst immer sehr redselig zeigt, sagt bemerkenswerterweise überhaupt nichts.

Von den liberalen Stimmen sind besonders die Ausführungen der „Daily News" bezeichnend. Das Blatt sagt, soweit man bisher beurteilen könne, habe Frankreich bei der neuen Regelung die meisten seiner Forderungen durchsetzen können, aber das sei für England kein Grund zur Klage, denn es sei ganz gleichgültig, woher der Friede komme, wenn ganz gleichgültig, woher der Friede komme, wenn es nur ein dauernder Friede ist.

Der „Daily Chronicle" glaubt dagegen, daß die Lage zu ernsten Befürchtungen Anlaß gebe, und verlangt so schnell wie möglich eine vollständige Aussprache im Unterhaus.

Die heute angesetzte Debatte des Unterhauses über die auswärtige Lage ist auf Montag verschoben worden, um dem Ministerpräsidenten eine Erholungspause zu ermöglichen.

sf. **Paris**, 10. 7. (Eigenbericht.)

Sauerwein berichtet heute im „Matin", daß Mac Donald und Herriot gestern zu jenem unbedingt nötigen Einvernehmen gekommen sind, das notwendig war, da man zum erstenmal die U. S. A. zu einer interalliierten Reparationskommission berief. Man kennt die Vorurteile Amerikas und weiß, daß diesem die Weisheiten des alten Kontinents nicht mehr einleuchten und man kennt die englische Ansicht. England sagte, der Finanzbericht gehe über die Auslegungen Clemenceaus hinaus, aber man braucht die Mitarbeit Amerikas und der Neutralen, die in Versailles nicht vertreten waren. Man braucht daher für die Finanzkontrolle und die Feststellung der Verfehlungen neue Garantien, damit die Sanktionen von allen Alliierten und eventl. selbst von den Neutralen ergriffen werden können. Daher wollte England die Reparationskommission ihrer Feststellungsrechte entkleiden, worauf Frankreich erwiderte, Versailles sei ein Ganzes und man könne nicht einen Teil herausnehmen, ohne das Ganze zu entwurzeln.

Schließlich zitiert Sauerwein wörtlich, was Mac Donald gesagt haben soll:

„Ich bitte Sie, Herr Sauerwein, von keinem vollkommenen Akkord oder einer definitiven Lösung zu sprechen. Sagen Sie nur, daß die Grundlage gelegt wurde, um in Zukunft zu einem Einverständnis zu kommen, daß es aber noch ein langwieriges Werk sein wird." Mac Donald wolle so weit gehen, als „die englische öffentliche Meinung und sein parlamentarische Situation es ihm gestatten."

Die militärische Räumung.

Zur Frage der politischen Bedingungen für die Durchführung des Dawes-Berichtes hatte unser Londoner Korrespondent zum Mittwoch-Abendblatt als Verlautbarung in Londoner politischen Kreisen gemeldet, auf englische Anfragen sei aus Berlin die Antwort eingegangen: „Die deutsche Regierung werde zwar grundsätzlich auf der militärischen Räumung bestehen, habe aber nicht die Absicht, praktische Forderungen zu erheben, durch die der Erfolg der Verhandlungen gefährdet werden könne."

W. T. B. dementiert halbamtlich diese Meldung, jedoch ohne Anführung des wichtigen Relativsatzes, „durch welche der Erfolg der Verhandlungen gefährdet werden könne".

Wir wollen diese arge Verstümmlung unserer Meldung übersehen und nur betonen, daß sich niemand mehr als wir darüber freuen würde, wenn die deutsche Regierung tatsächlich praktische Forderungen erheben würde.

Jugoslawien und Oesterreich.

Nintschitsch besucht Seipel.

kbg. **Wien**, 10. 7. (Eigenbericht.)

Am 14. Juli soll auf der Rückreise von der Prager Konferenz der Kleinen Entente der jugoslawische Außenminister Nintschitsch zu zweitägigem Aufenthalt in Wien eintreffen. (Nach Bukarester Meldungen ist die Abhaltung der Prager Konferenz allerdings fraglich geworden.) Es ist vorgesehen, daß er dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler Besuche abstatten wird. Ferner soll er mit dem Vizekanzler Dr. Frank und mit dem Außenminister Grünberger eingehende Besprechungen abhalten. Der Besuch wird Gelegenheit zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage und der Beziehungen zwischen beiden Staaten geben. Zwischen Oesterreich und Jugoslawien sind viele wichtige wirtschaftliche Fragen offen, deren Regelung der österreichischen Regierung schon bei ihrem Belgrader Besuch zugesichert worden war, ohne daß bisher eine Regelung erreicht worden wäre. Man hofft nun, daß der Besuch des Ministers Nintschitsch in Wien eine rasche Erledigung der schwebenden Fragen ermöglichen werde.

Das Budget Oesterreichs.

kbg. **Wien**, 10. 7. (Eigenbericht.) Das Finanzministerium und der Generalkommissär Zimmermann haben soeben einverständlich das Budget für Juli aufgestellt. Die Einnahmen sind mit 657 Milliarden Papierkronen (45,6 Millionen Goldkronen), die Ausgaben mit 758 Milliarden Papierkronen (52,6 Millionen Goldkronen) vorgesehen, so daß sich ein Defizit von 101 Milliarden Papierkronen (7 Millionen Goldkronen) ergibt, zu dessen Deckung der Völkerbundskreditrest herangezogen wird. Am 17. August treffen die Delegierten des Finanzkomitees des Völkerbundes in Wien ein, um hier eine staatsfinanzielle Enquete zur Begutachtung des Budgets zu veranstalten. Die Arbeiten des Komitees dürften zehn Tage dauern.

Mit großem Mißbehagen ist heute die Mitteilung aufgenommen worden, daß General Zimmermann die Berufung eines ausländischen Beobachters für das österreichische Postwesen beschlossen hat, der über die österreichischen Einrichtungen ein Gutachten abgeben soll.

Handgemenge in der französischen Kammer.

Paris, 10. 7. (T. U.) In der französischen Kammer ist es gestern aus Anlaß der Aussprache über die Amnestievorlage zu wüsten Tumultszenen gekommen. Die Vertreter der Opposition veranstalteten lärmende Kundgebungen gegen Caillaux und Malvy. Die Vertreter der Mehrheit wurden ständig in ihren Darlegungen unterbrochen. Als der Genecal de St. Just eine Geste machte, als ob er auf Malvy ein Gewehr abdrücke, kannte die Erregung keine Grenzen mehr. Der Sozialist Houtet stürzte, von 20 Abgeordneten der äußersten Linken begleitet, auf die Bänke der Opposition los. Es kam zu einem regelrechten Handgemenge. Einem Abgeordneten wurde der Kragen abgerissen. Ein anderer erhielt Schläge ins Gesicht und blutete aus der Nase. Die Sitzung wurde sofort unterbrochen.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung hielt der Kommunist Marty eine lange Rede, in der er verlangte, der Amnestierlaß solle auf alle ohne Unterschied angewandt werden.

Die amerikanischen Schadenersatzansprüche.

New York, 10. 7. (T. U.) Der amerikanische Agent der gemischten Forderungskommission, Robert Bonynge, ist gestern an Bord des „Präsident Roosevelt" nach Deutschland abgefahren, um mit der deutschen Regierung über die Bezahlung der von amerikanischen Bürgern aufgestellten Schadenersatzansprüche zu verhandeln. Er erklärte vor seiner Abreise daß Ansprüche in Höhe von 60 Millionen Dollar geregelt seien. Die gesamte Summe wird ungefähr 300 Millionen Dollar ausmachen, ausgenommen die Unkosten der amerikanischen Besatzungsarmee. Die Arbeiten der Kommission werden dem „New York Herald" zufolge praktisch in 18 Monaten beendet werden. Die Zahl der ursprünglich eingebrachen Schadenersatzansprüche betrug 12 416 und machte einen Betrag in Höhe von 1479 Millionen Dollar aus. Die 255 Millionen Dollar die den Betrag der Unkosten der amerikanischen Besatzung darstellen werden wahrscheinlich von der Kommission nicht behandelt werden. Es verlautet, daß der Treuhänder des fremden Eigentums 300 Millionen Dollar in Geld ung Eigentum besitze.

Die falschen Regiefranken.

bd. **Köln**, 9. 7. (Eigenbericht.) Am dritten Verhandlungstag gab Ministerialrat Dr. Schneider einen historischen Ueberblick über die Entwicklung der Dinge, die zu seiner Anklage führten. Hochburg kannte er seit dem passiven Widerstand. Schneider war es nicht bekannt, daß Hochburg irgendeiner Organisation angehörte. Er bediente sich Hochburgs, weil dieser schnell Nachrichten über den Separatismus brachte. Als Schneider bei einem Besuche Zuckers erfuhr, daß Hochburg dem Zucker 225 000 Franken in Regiegeld hinterlassen hatte und Zucker sich skeptisch äußerte, hat Schneider ihn beruhigt mit dem Hinweis, daß Hochburg ein Gentleman sei. Bei der Durchsicht eines Frankenbündels ist leider nicht aufgefallen, daß diese gefälscht seien. Schneider ist vielmehr der festen Ueberzeugung, daß Hochburg einer derartigen Tat nicht fähig sei, Schneider weist daraufhin, daß die ihm zur Last gelegte Nichterstattung der Anzeige hinfällig sei, da er selbst erst am 12. Mai von der Fälschung der Franken durch die Mitteilung der Kölner Polizei unterrichtet wurde. Um so weniger konnte in ihm der Gedanke an eine Fälschung auftauchen, da die preußische Regierung auf eine Anregung von privater Seite, ob nicht der Regie dadurch Abbruch getan werden könnte, daß falsche Noten in den Verkehr gebracht würden, erklärt hatte, die Finanzhoheit ist ein unverbrüchliches Gesetz und so tief im internationalen Leben verwurzelt, daß ein derartiger Gedanke glatt abgelehnt werden müßte.

Graf Sforza über die politische Lage in Europa.

Kritik an Mac Donald und Herriot.

fr. **Mailand**, 10. 7. (Eigenbericht.)

Der „Popolo" hat den Grafen Sforza über die gegenwärtige politische Lage interviewt. Dieser erklärte, er wolle, statt zu prophezeien, sich über die Personen des Dramas äußern. Die englische Regierung gilt, weil sie mehrfach im Parlament unterlegen ist, für schwächlich. Das ist ein Irrtum. Für eine Regierung, deren Partei sich in der Minderheit befindet, ist ihre Stellung ziemlich stark, in der äußeren Politik sogar sehr stark. Warum? Weil die Arbeiterregierung weiß, daß die proletarischen Massen die Empfindlichkeit ihrer Stellung in der Kammer kennen und daher nicht auf die Durchführung von Reformen drängen, die nur während der Wahl gepredigt wurden. Von der Notwendigkeit befreit, Wunder zu tun, die viele wichtige Interessen verletzen würden, sieht sich Mac Donald von dem Vertrauen ungefähr der ganzen Nation getragen, wenigstens was die äußere Politik betrifft. Es ist ein Vorzug des englischen Volkes, daß die Parteien sich zwar bekämpfen, sich auch heftig bekämpfen, aber die große Linie der äußeren Politik bleibt immer dieselbe.

Was die französische Regierung anlangt, so muß man anerkennen, daß sie unerwartet inneren Schwierigkeiten begegnet ist, vor allem durch die Unterdrückung der Gesandtschaft beim Vatikan und durch die Zurückziehung der autonomen Gesetzgebung im Elsaß. Das sind zwei taktische Fehler, die Herriot in der Durchführung des großen nationalen Problems hindern. Wenn es Herriot gelingt, dem Lande klarzumachen, daß es besser daran tut, sich gut bezahlen zu lassen, dann wird Herriot sich gewiß durchsetzen können.

In bezug auf Deutschland erklärte Graf Szorfa, daß die Wahlen zwar einen Schritt nach rechts bedeuteten, daß man aber nicht so weit nach rechts gegangen sei, wie man hier angenommen hätte. In diesem Wahlkampf hätten auch die Gegner der Demokratie gelernt, sich der Waffe der Demokratie, nämlich der Wahlpropaganda, zu bedienen. Wenn Deutschland vor neuen französischen Irrtümern bewahrt bleibe, dann werde sich die deutsche Republik stark befestigen können, und die deutsche Republik bedeutet die Politik des Friedens.

Vorbereitungen in Rom.

Rom, 10. 7. (W. T. B.) Im Palais Chigi fanden Konferenzen zur Prüfung der Fragen statt, die Gegenstand der Londoner Konferenz sein werden. An diesen Beratungen nahmen u. a. teil, der Generalsekretär im Ministerium des Aeußeren Senator Contarini und die Senatoren d'Amelio und Salvago Raggi. Zu den Schlußsitzungen erschienen auch Ministerpräsident Mussolini, der Finanzminister und der Wirtschaftsminister. In der Konferenz wurden die Richtlinien und der Plan für das technische Verfahren der italienischen Abordnung festgelegt.

*

fr. **Mailand**, 10. 7. (Eigenbericht.) Bei den Ausgrabungen des Theatrum romanum in Benevent hat man unter der Praecinctio tormedio Bruchstücke von Marmor gefunden, die zum Schmuck des obersten der drei Stockwerke des Theaters gehört haben müssen. Die Bruchstücke sind sehr gut erhalten und reich dekoriert. Man erhofft von den weiteren Ausgrabungen noch weitere Funde.

Zolltarifvorlage und Innenpolitik.

Nachdem die Bemühungen der Reichsregierung die Vorlagen über die Agrarzölle geheim zu halten, wie das eigentlich zu erwarten war, gescheitert sind, zeigen sich sofort die innerpolitischen Rückwirkungen der von der Regierung angebrachten Vorlagen, besonders auf die Linke.

Vor allem der „Vorwärts" schlägt sehr heftige Töne gegen die Regierung an. Er schreibt:

„Die Eile, mit der die Regierung ihre Hochschutzzollpläne durchsetzen will, berechtigt zu der Annahme, daß sie bewußt die Pläne fördert, die zu einem Block der Kapitalisten und Agrarier in Deutschland führen sollen. Man glaubt wohl, diese gewaltige Konzession an die Interessen des Großagrariertums mit der parlamentarischen Zwangslage entschuldigen zu können. Es ist kein Zweifel mehr, daß die Regierung mit diesem Gesetz die Zustimmung der Deutschnationalen zum Eisenbahngesetz erkaufen will. Dieser Versuch muß die Regierung in die schärfste Kampfstellung zur Sozialdemokratie und zu den arbeitenden Massen bringen."

Die „Vossische Zeitung" schreibt: Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß man die Zollvorlagen zugleich zu einem hochpolitischen Tauschgeschäft benutzen will, indem man den Deutschnationalen die vom Reichslandbund geforderten Schutzzölle zubilligt und dafür verlangt, daß sie der parlamentarischen Verabschiedung der Vorlagen zur Durchführung des Sachverständigenberichts keine Schwierigkeiten bereiten. Unter diesen Umständen scheint man gewillt zu sein, die Deutschnationalen mit in die Regierung aufzunehmen.

Die „Kreuzzeitung" schreibt: „Der „Vorwärts" behauptet, die Deutschnationalen wollten sich die Sicherung der Zweidrittelmehrheit für die Gesetzentwürfe aus dem Gutachten durch die „Zusicherung des Brotwuchers noch in diesem Jahre abkaufen" lassen. Im Zusammenhang damit wird ein Komplott mit dem Ziele des Bürgerblocks an die Wand gemalt. Er kann versichert senin, daß die Deutschnationalen sich ihre Zusicherung nicht „abkaufen" lassen."

Herrmanns Immunität aufgehoben

pp. **Jena**, 10. 7. (Eigenbericht.) Der Antrag auf Aufhebung der Immunität des ehemaligen Ministers und Landtagsabgeordneten Herrmann wegen Veruntreuung von Staats- und Reichsgeldern ist heute vom Landtag mit 36 gegen 21 Stimmen genehmigt worden.

(Siehe auch Seite 2.)

Kirche und Staat in Sowjetrußland.

Von
Hans v. Eckardt, Hamburg.

Sieht man die Dinge, die seit sieben Jahren im Osten Europas vor sich gehen, einmal aus höherer Perspektive an, dann wird man nicht so sehr darüber staunen, daß der „marxistische" Kommunismus kam und ging, daß man heute das wieder zusammenzutragen sucht, was man vor fünf, sechs Jahren ingrimmig zerschmetterte, sondern wohl eher darüber, daß die Revolution nun auch die griechisch-orthodoxe Kirche erfaßt hat. Schien sie nicht kürzlich noch erstarrt und leblos? Glaubten nicht Trotzki und Lunatscharski ein neues Zeitalter des „Proletkultes" verkünden zu können, wo die materialistische Wissenschaft alle Religion und alle bürgerlichen Weisheiten von Platon bis Goethe ersetzen würde, so daß dem Proletarier nicht nur ein eigener Staat, sondern auch eine neue Kultur und die Religion der revolutionären Tat geschenkt werden konnte? Von diesem „Proletkult" ist es in letzter Zeit merkwürdig still geworden. Statt dessen besteht die antireligiöse Organisation der kommunistischen Jugend, der sog. Komsomol, noch immer und veranstaltet lärmende atheistische Kundgebungen. Die Sowjetregierung selbst hält sich jedoch von dieser Propaganda zurück, denn sie scheint es eingesehen zu haben, daß sie mit der reinen Negation der Religion nicht weit kommt.

Man hat sich eben auch in dieser Hinsicht von der Natur der Dinge belehren lassen und es eingesehen, daß die russische Kirche eine immer stärker werdende Macht im Volke darstellt. Seit dem Sturze des Zarismus ist die Bedeutung der Orthodoxie, der Kirche, der Geistlichkeit, wie auch der religiösen Inhalte des griechisch-orthodoxen Glaubens dauernd im Wachsen. Die Religionsverfolgungen der Bolschewisten haben der Kirche neue Anhänger zugeführt, das Blut der ermordeten Geistlichen (2 Metropoliten, 3 Erzbischöfe, 33 Bischöfe und über 1200 Priester, von Diakonen, Kirchenältesten, Mönchen, Nonnen usw. ganz zu schweigen), die Enteignung der Kirchenschätze und -güter, die Entweihung der Reliquien, die Verstaatlichung aller Klöster und nicht zuletzt der Prozeß gegen den Patriarchen Tichon haben der Kirche die Ruhe genommen und in ihr Bewegungen gelöst, die zu einer Reformation an Haupt und Gliedern hinzutreiben scheinen. Um den verfolgten Patriarchen scharten sich die Mehrheit der gläubigen Gemeinden. Als der Patriarch dann jedoch einsah, daß es zu gefährlichen Erscheinungen führen könne, wenn die Kirche sich dauernd gegen den proletarischen Staat wende — da wuchs die Zahl der Anhänger der Orthodoxie erst recht, denn nun brauchte man, nach der Unterwerfung Tichons unter das Gesetz der Sowjets, nicht mehr zu fürchten, für antirevolutionär zu gelten, wenn man die Kirche besuche. Was die Sowjetregierung also auch unternahm: ob sie Tichon einkerkerte oder freigab — den Vorteil von allen diesen politischen Wandlungen hatte die Kirche.

Seit der Revolution hörte die Kirche auf, die alleinige Domäne der Reichen, des Kapitals und der Macht zu sein: sie war befreit vom erniedrigenden Dienste der Gewalt, sie war dem Geiste wiedergegeben, dem proletarischen Gefühl näher gerückt und dem Bolschewismus ebenbürtig geworden.

Die Sowjetregierung hat diese Wandlung, ungewollt, selbst beschleunigt. Als der Kampf gegen die Patriarchenkirche seinerzeit einsetzte, suchte die Sowjetregierung Bundesgenossen. Sie fand diese in den verschiedenen Reformfreunden, die aus der alten Kirche ausgeschieden waren und neue religiöse Gemeinschaften gegründet hatten. Diese neuen Gemeinschaften wurden nun gegen die alte Kirche vorgeschickt. Unter tätiger Mithilfe der Sowjetregierung entstand „Die Lebendige Kirche", der der reformeifrige Metropolit Antonin alsbald die Gruppe der „Kirchlichen Erneuerung und Wiedergeburt" und der Geistliche Wedenski den „Verband der Gemeinden der Altapostolischen Kirche" an die Seite stellten. Die Reformbestrebungen dieser Gruppen weichen wohl in einzelnen Punkten voneinander ab, bewegen sich jedoch in so ziemlich gleicher Richtung. Man will Frieden mit dem heutigen Staat halten und das religiöse Leben durch Abschaffung der kirchen-slawischen Liturgien, durch Zurückdrängung der weltfremden Mönchsgeistlichkeit, durch stärkere Heranziehung der Gemeinden, durch religiöse Arbeitsgemeinschaften usw. erneuern. Insbesondere sollen die geistlichen Akadmien vollständig umorganisiert werden und den bisher in stumpfer Unbildung verbliebenen einfachen Popen der Zugang zu allen hohen Kirchenämtern zugebilligt werden. Man sucht aus diesen Kreisen Fühlung mit der bisher stets verfolgten Kirche der Altgläubigen, den sogenannten Raskolniki, und will das Werk der Reform dort wieder beginnen, wo es vor drei Jahrhunderten durch die Kirchenspaltung abgebrochen worden war. Sehr bezeichnend ist außerdem, daß diese Gruppen sich allesamt scharf gegen den Katholizismus gewandt haben, dessen erneut einsetzende Propaganda die rechtgläubige Kirche immer am meisten gefürchtet hat. Zu den heute besonders einflußreich gewordenen evangelischen Sekten (Stundisten, Baptisten, Sabattisten, Sakramentsgegnern usw.) und zu den Tolstoi-Anhängern ist die Stellungnahme noch ungeklärt, aber weniger ablehnend. Schließlich entstanden in letzter Zeit dennoch mehrere radikale Richtungen, so z. B. der Bund der „Seelenhirten der Werktätigen", der es sich zur Aufgabe gestellt hat, unter den Proletariern zu werben und den Beweis zu erbringen, daß man Kommunist und Christ zugleich sein könne. Christus sei der erste wahre Kommunist gewesen, die ersten urchristlichen Gemeinden hätten eine kommunistische Gemeinschaft gebildet, und deshalb könne der Sowjetstaat sehr wohl das Zentrum abgeben, um das sich die proletarischen Werktätigen in der Nachfolge Christi zu sammeln hätten. Der revolutionäre Beruf des Kommunismus wird hier also religiös empfunden — und damit der Weg zum ursprüng-